

Erkenntnisse nach Prioritäten / "Historische Standortbestimmung

- Die Schweiz sollte im Rahmen der UNO Schritte zur weltweiten Kodifizierung des humanitären Völkerrechts aktiv unterstützen.
- Ueber die Definition der Menschenrechte besteht global kein Konsens. Wo immer sie als Forderung an die Adresse anderer gerichtet werden, wird - zu Recht oder zu Unrecht - vom Betroffenen sofort der Einwand vorgebracht, der Ankläger verstosse gegen das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.
- Die Entwicklungspolitik wird zunehmend zum Vehikel der Diffamierung des kapitalistischen-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsystems. Auch wird die Entwicklungshilfe, soweit an bestimmte Forderungen geknüpft ist, gerne als imperialistische Einmischung, oder wenn sie auf privatwirtschaftlicher Basis erfolgt, als Ausbeutung diskreditiert. Diesen Tendenzen ist durch vermehrte Aufklärung zu begegnen. Zudem deutet die tendenzielle Absetzung der Dritten Welt von Moskau, das wohl Militär- jedoch kaum Entwicklungshilfe leistet, darauf hin, dass schliesslich mehr die Taten als die Worte zählen. Auch dürfte sich die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern durchsetzen.
- Das zurückhaltende Interesse der schweizerischen Oeffentlichkeit an der Aussenpolitik (u.a. zur Frage des Beitrittes zur UNO) ist u.a. bedingt dadurch, dass die Rückwirkungen dieser Aussenpolitik in der Regel weniger in ihren Zusammenhängen erkannt werden, weil sie meistens erst lange nach den Entscheidungen erfolgen.

Fazit: Gerade nach solchen Entscheidungen sind die "feedbacks" der Oeffentlichkeit zu zeigen und bewusst zu machen. Andererseits ist bei aussenpolitischen Entscheiden die öffentliche Meinung gebührend zu berücksichtigen und die zur Erfassung dieser Meinung notwendigen Strukturen sind bereitzustellen. Ferner muss das Interesse des Schweizervolkes an



der Aussenpolitik geweckt werden. Schliesslich hat die Regierung nicht bloss zu reagieren, sondern zu regieren und dabei billigend in Kauf zu nehmen, dass der Souverän ihr nicht folgt.

- Entspannung sei, um mit Clausewitz und Lenin zu sprechen, "die Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen, gelegentlich auch mit den gleichen Mitteln". (Bei dieser prägnanten Aussage wird meines Erachtens nicht genügend differenziert zwischen der SU als "Nation", die Machtpolitik betreibt und der SU als selbsternanntes Zentrum und Führungsstelle des Kommunismus als Ideologie. Diese Differenzierung aber könnte zur Einsicht führen, dass selbst wenn sich alle Staaten der Erde zum Kommunismus bekennen würden, weder zwischenstaatliche Rivalitäten noch die Blockbildung aufgehoben würden.) Auch wird der Begriff Entspannung, der positiv bewertet wird, zum Werkzeug der ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzung, indem sich Ost und West bei passender Gelegenheit gegenseitig vorwerfen, diese Entspannung zu gefährden.
- Eine Wiederbelebung des atlantischen Bündnisses sei notwendig. Diese Allianz sei bisher vor allem durch die Bedrohung seitens der Sowjetunion zusammengehalten und die allianzinternen Probleme seien vernachlässigt worden. Allein, die gewünschte Wiederbelebung werde wohl an den zahlreichen Konfliktpunkten scheitern. Immerhin bleibe das atlantische Bündnis auch so ein ordnungspolitisches Element, das den europäischen Staaten Rückhalt und gegenüber der SU grössere Bewegungsfreiheit bietet. Ohne atlantisches Bündnis bestehe die Gefahr der Finnlandisierung Europas.